

AMNESTY INTERNATIONAL . Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

Verwaltungsgericht Freiburg
Postfach 19 01 51

79061 Freiburg

Ihre Nachricht vom
17.12.2019

Ihr Zeichen
A 13 K 9165/17

Unser Zeichen
AFR 31-20.001

Berlin, den
20.03.2020

VERWALTUNGSRECHTSSACHE: [REDACTED] GEGEN BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Sehr geehrte Richterin [REDACTED],

Vielen Dank für ihre Anfrage im Verwaltungsstreitverfahren eines ivorischen Staatsangehörigen. Ihre Fragen kann Amnesty International wie folgt beantworten.

1) Ist dort etwas über die Tötung eines politischen Aktivisten und Unterstützers von Laurent Gbagbo namens Ladji Soumahoro im Zusammenhang mit den gewaltsamen Unruhen nach den Wahlen im Jahr 2010 in Abobo/Côte d'Ivoire bekannt?

Wenn ja, wird um Mitteilung der näheren Umstände der Tötung und die vorangegangenen politischen Aktivitäten des Ladji Soumahoro gebeten.

Amnesty International liegen keine Informationen über vorangegangene politische Aktivitäten von Ladji Soumahoro vor. Zur Tötung, den näheren Umständen und den gewaltsamen Unruhen im Jahr 2010 in Abobo/Côte d'Ivoire liegen folgende Informationen vor:

Ladji Soumahoro wurde am 03.12.2010 im Zusammenhang mit den gewaltsamen Unruhen nach den Präsidentschaftswahlen in Abobo durch eine Polizeieinheit getötet. Am Freitag, dem 03.12.2010, erklärte das Verfassungsgericht der Côte d'Ivoire die Entscheidung der Wahlkommission über den Wahlsieg von Alassane Ouattara für ungültig und erklärte den langjährigen Amtsinhaber Laurent Gbagbo zum Sieger der Wahlen. Unter dem Vorwurf des Wahlbetrugs im Norden des Landes gingen zuvor viele Anhänger_innen von Gbagbo gegen die Entscheidung der Wahlkommission auf die Straße. Sowohl Gbagbo als auch Ouattara hatten sich vorab zu Wahlsiegern erklärt, wodurch ein Konflikt zwischen den Anhänger_innen der jeweiligen Parteien ausbrach. Das Militär schloss daraufhin die Landesgrenzen und unterband ausländische Berichterstattung. Sicherheitskräfte, einschließlich der Mitglieder der Brigade anti-émeute (Aufstandsbrigade), wurden nach Abobo entsandt, wo sie mehrere Autos zerstörten und mit scharfer Munition schossen. Dabei wurden drei Personen getötet - Sangaré Djaridja, Diomandé Issouf und Ladji Soumahoro.¹

¹ Amnesty International: Côte d'Ivoire security forces urged to protect civilians as tensions rise, 06.12.2010, abrufbar unter <https://www.amnesty.org/en/press-releases/2010/12/cc3b4te-de28099ivoire-security-forces-urged-protect-civilians-tensions-rise-2010-12/>, zuletzt abgerufen am 30.01.2020.

2) Gibt es Erkenntnisse darüber, ob nahe Verwandte, insbesondere Kinder von getöteten politischen Aktivisten der FPI in Côte d'Ivoire wegen dieser Verwandtschaft/Familienzugehörigkeit mit Repressionen zu rechnen haben? Wenn ja, welche Erkenntnisse?

Amnesty International liegen keine Informationen über die Situation von Kindern und/oder Verwandten von getöteten FPI Mitgliedern vor. Jedoch sind Verwandte von aktiven FPI Mitgliedern immer wieder von Repressionen betroffen. Eine vermeintliche Verbindung zur FPI kann problematisch sein. Angehörige ethnischer Gruppen, welche mit Laurent Gbagbo assoziiert werden, müssen mit Repressionen rechnen. Nach wie vor sind kritische Stimmen – darunter der FPI - generell in Côte d'Ivoire nicht sicher vor staatlichen Übergriffen. Sowohl Meinungs- als auch Versammlungsfreiheit werden vom Staat immer wieder verletzt.

Gefangene, die wegen der Gefährdung der Staatssicherheit und anderer ähnlicher Vergehen angeklagt sind, berichten von Folter und Morddrohungen. Letztere richten sich auch gegen ihre Angehörigen.

Rigobert Soro, ein Polizeibeamter und Bruder des Präsidentschaftskandidaten Guillaume Soro, wurde am 30. Dezember 2019 Opfer von gewaltsamem Verschwindenlassen. Dahafolo Koné, ein Assistent von Soros Anwalt, wird seit dem 27. Dezember 2019 ohne Anklage und Zugang zu einem Rechtsbeistand festgehalten. Er befand sich in Behandlung wegen einer lebensbedrohlichen Krankheit und muss medizinisch versorgt werden. Guillaume Soro, ehemaliger Unterstützter von Präsident Alassane Ouattara, ist der Vorsitzende der politischen Partei Générations et Peuples Solidaires (GPS). Er hatte seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen im Oktober 2019 angekündigt. Der Staatsanwalt gab am 23. Dezember 2019 bekannt, dass er einen Haftbefehl gegen Soro erlassen werde. Ihm wird vorgeworfen, zu versuchen, die Autorität des Staates und die territoriale Integrität zu untergraben.²

17 Personen, die mit der Opposition in Verbindung stehen, befinden sich nach einer Verhaftungswelle, die zwischen dem 23. und 31. Dezember 2019 in Abidjan stattfand, in Haft. Dreizehn Personen wurden wegen "Veröffentlichung falscher Nachrichten, die die öffentliche Ordnung und die Autorität des Staates untergraben" angeklagt. Während ihrer Inhaftierung haben die Sicherheitskräfte mehrere ihrer Häuser ohne Haftbefehl durchsucht.

Nach der Veröffentlichung eines Interviews mit Michel Gbagbo, dem Sohn des ehemaligen Präsidenten Laurent Gbagbo, über den Umgang mit Oppositionellen wurden sowohl der Interviewer, Laurent Despas, als auch Michel Gbagbo selbst im Mai 2016 festgenommen. Laurent Despas und sein Kollege Donatien Kautcha wurden in einer Gendarmerie in Abidjan ohne Zugang zu einem Anwalt inhaftiert. Donatien Kautcha wurde ohne Anklage wieder freigelassen. Laurent Despas und Michel Gbagbo wurden am 26. Januar 2018 zu Geldstrafen verurteilt. Michel Gbagbo wurde zusätzlich zu sechs Monaten Haft verurteilt. Beide waren wegen der „Veröffentlichung falscher Nachrichten“ angeklagt.³

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im Oktober 2020 nehmen Repressionen gegen jede Form mutmaßlicher Kritiker_innen generell wieder zu. Bereits 2017 wurden Gesetze mit Bestimmungen verabschiedet, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken. Diese schließen Verleumdung, Präsidentenbeleidigung und Verbreitung falscher Nachrichten ein. Im ersten Halbjahr 2019 wurden 14

² Amnesty International: Côte d'Ivoire: Authorities must uphold the right to fair trial of opposition members and their relatives. 10.01.2020, abrufbar unter <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/01/cote-divoire-authorities-must-uphold-the-right-to-fair-trial-of-opposition-members/>, zuletzt abgerufen am 30.01.2020

³ Amnesty International: Cote d'Ivoire: A fragile human rights situation. 01.10.2018, S.13, abrufbar unter <https://www.amnesty.org/en/documents/afr31/9714/2018/en/>, zuletzt abgerufen am 30.01.2020.



Aktivist_innen verhaftet.⁴ Bei der Verfolgung von Oppositionellen spielt auch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethischen Gruppe in der Côte d'Ivoire eine große Rolle. Sie wird nach wie vor gleichgesetzt mit der Unterstützung von politischen Gruppierungen. Angehörige der Ethnien Athié, Guéré, Bété or Dida gelten traditionell als Unterstützer_innen des ehemaligen Präsidenten Gbagbo und der FPI. In vielen Fällen reicht es aus, einen südlich klingenden Familiennamen zu tragen, um als Anhänger_in von Laurent Gbagbo oder der FPI wahrgenommen zu werden und ggf. Opfer von Repressionen zu werden.⁵

Geflohene Ivorer_innen in Ghana berichten, dass sie nicht zurückkehren könnten, da sie als ehemalige Unterstützer_innen von Laurent Gbagbo und der FPI Angst vor Repressionen durch die Republikanischen Kräfte der Elfenbeinküste (FRCI) hätten. Diese bestehen zum Großteil aus ehemaligen Rebellen_innen, welche den heutigen Präsidenten Ouattara im Konflikt gegen den ehemaligen Präsidenten Gbagbo unterstützten. Die FRCI soll die eigentliche ivoirische Armee ersetzen, die als loyal zu Laurent Gbagbo und der FPI gilt.⁶ Angehörige der FRCI unterliegen keinerlei strafrechtlicher Konsequenzen für Menschenrechtsverletzungen.

Allerdings wurde Simone Gbagbo, die Ehefrau des ehemaligen Präsidenten Laurent Gbagbo, am 8. August 2018 im Namen der Wiederversöhnung zusammen mit weiteren 800 Gefangenen von Präsident Ouattara begnadigt. Sie war 2015 zu 20 Jahren Haft für ihre Mitverantwortung für den Bürgerkrieg verurteilt worden und hatte bereits mehrere Jahre im Gefängnis verbracht. Sie ist inzwischen wieder politisch aktiv, unterstützt die FPI bei den Präsidentschaftswahlen und hat angekündigt, dass ihr Ehemann nach seiner Rückkehr aus Den Haag, wo gegen ihn ein internationales Gerichtsverfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit läuft, erneut politische Verantwortung übernehmen werde. Alassane Ouattara selbst hat Anfang April 2020 angekündigt nicht erneut für die Präsidentschaft zu kandidieren.⁷

Aufgrund der Willkürlichkeit juristischer und polizeilicher Verfolgungsmaßnahmen gegen mutmaßliche Regierungskritiker_innen und gegen bestimmte ethnische Gruppen kann Amnesty International keine abschließende Aussage darüber treffen, mit welcher Wahrscheinlichkeit einer Person, die Angehörige von FPI-Unterstützenden ist, nach einer Abschiebung Repressionen drohen. Im Zuge der diesjährigen Wahlen ändert sich die politische Machtverteilung zudem gegebenenfalls. Es ist daher nicht auszuschließen, dass es zu Repressionen kommt. Aber es kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass solche in jedem Fall erfolgen.

⁴ Amnesty International: Côte d'Ivoire: Growing attacks on activists and opposition ahead of elections. 06.08.2019, abrufbar unter <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/08/cote-divoire-growing-attacks-on-activists/>, zuletzt abgerufen am 30.01.2020.

⁵ Amnesty International: Côte d'Ivoire The Victors' Law: The Human Rights Situation Two Years After The Post-Electoral Crisis. 26.02.2013, S.27, abrufbar unter <https://www.amnesty.org/en/documents/afr31/001/2013/en/>, zuletzt abgerufen am 30.01.2020.

⁶ UN High Commissioner for Refugees (UNHCR): Côte d'Ivoire: COI Compilation: August 2017. 31.08.2017, S.86, abrufbar unter <https://www.refworld.org/docid/59cc9fb14.html>, zuletzt abgerufen am 30.01.2020.

⁷ Amnesty International: Cote d'Ivoire: A fragile human rights situation. 01.10.2018, S.18, abrufbar unter <https://www.amnesty.org/en/documents/afr31/9714/2018/en/>, zuletzt abgerufen am 30.01.2020.



Ich hoffe, wir konnten mit diesen Informationen weiterhelfen und verbleibe

Mit freundlichen Grüßen

Franziska Ulm-Düsterhöft

Fachkoordination Afrika

